

## Offener Brief

**an Frau Bundeskanzlerin Angela Merkel zum Interview in der Bild am Sonntag vom 05. September 2010 mit der Äußerung Hartz IV-Empfänger als Pflegekräfte zu beschäftigen**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,

mit großem Erstaunen und spürbarer Verärgerung haben wir Ihre Äußerung zur Kenntnis genommen, die Sie in einem Interview in Zusammenhang des dramatischen Fachkräftemangels getan haben. Dazu die Passage aus Ihrem Interview:

*...Und nicht zuletzt haben wir 2,2 Millionen Hartz-IV-Empfänger, die arbeitsfähig sind, aber keinen Job finden. Ich sehe nicht ein, dass Pflegekräfte künftig nur noch aus Osteuropa kommen. Daran können wir etwas ändern.*

Verehrte Frau Bundeskanzlerin, es kann doch wohl nicht angehen, dass uns in der Pflege schon wieder die Hartz IV Empfänger angeboten werden zur Abwendung der aus meiner Sicht drohenden Pflegekatastrophe in Deutschland. Glauben Sie wirklich allen Ernstes, dass wir Menschen, die bis dato in völlig unterschiedlichen Bereichen tätig waren, im Schnellverfahren zu Pflegekräften ausbilden können, die dann möglichst noch qualifizierte Arbeit leisten sollen.

Was für ein Schlag ins Gesicht all derer, die über drei Jahre den Beruf der Gesundheits- und Krankenpflege erlernt haben und tagtäglich den teilweise sowohl physisch als auch psychisch schweren Dienst am Patienten tun. Jetzt plötzlich sollen diese Arbeit Menschen verrichten, die bis dato noch dem Arbeitsmarkt aus den unterschiedlichsten Gründen nicht zur Verfügung standen.

Immer wieder entsteht durch solche verbalen Glanzleistungen der Eindruck, dass Pflegen ja nicht so schwer sein kann, von jedem irgendwie im Schnellverfahren zu erlernen ist. Hier stehen Sie mit Ihrer jüngsten Aussage in guter Gesellschaft mit Norbert Blüm, der bereits Ende der neunziger Jahre den markanten Spruch getätigt hat „PFLEGEN KANN JEDER“. Sie verhelfen dieser widersinnigen Botschaft zu neuer Aktualität und holen erneut aus zu einem Schlag gegen die professionelle Pflege in Deutschland.

Mussten wir uns seitens der professionellen Pflege im vergangenen Jahr kurz vor den Bundestagswahlen doch auch schon mit den „kreativen Höhenflügen“ der Politik auseinandersetzen. „Hauptschulabschluss als Zugang zur Ausbildung in der Pflege ausreichend“ war damals die Devise. Das Arbeitsministerium hatte da ein Problem erkannt. Auf der einen Seite ein „Überschuss“ an Hauptschülern, auf der anderen Seite ein Pflegeproblem. Also, warum nicht beides zusammenbringen, dann sind vermeintlich beide Probleme gelöst.

Jetzt eine ähnliche Systematik in Ihren Äußerungen. Hier das Problem der Hartz IV Empfänger, da das Problem in der Pflege. Also, warum...

Gerade haben Görres und Kollegen von der Universität Bremen in einer breit angelegten Studie festgestellt, dass die Berufe der professionellen Pflege bei Jugendlichen völlig out sind und wir dringend gemeinsam mit der Politik etwas für die Aufwertung tun müssen. Ihnen vielen Dank für die politische Unterstützung dieses Ansinnens. Sicherlich steigt die Attraktivität des Pflegeberufes bei den Jugendlichen ungemein, wenn diese jetzt wissen, dass unsere Bundeskanzlerin vorbehaltlos selbst Hartz IV Empfängern die Qualifikation zu Pflegen zutraut.

Es ist mehr als alarmierend, dass die Politik immer wieder versucht ist, gesellschaftliche und soziale Probleme über eine Beschäftigung in der Pflege zu kompensieren. Wo bleibt hier das Recht des Patienten auf eine sach- und fachgerecht durchgeführte pflegerische Versorgung im Sinne des Verbraucherschutzes.

Wir wissen bereits heute sehr genau, dass wir bis zum Jahr 2030 mindestens 300.000 zusätzliche Pflegekräfte mit entsprechender Ausbildung brauchen, um die pflegerische Versorgung unserer Bevölkerung auf einem auch nur halbwegs vernünftigen Niveau sicher zu stellen. Dies bedeutet in der Konsequenz, dass bereits im Jahr 2025 jeder vierte Schulabgänger aus den weiterführenden Schulen einen Pflegeberuf ergreifen müsste. Also geht es doch darum, gemeinsam mit der Politik nach entsprechenden Konzepten zu suchen, die dazu dienen, die Attraktivität der professionellen Pflege zu steigern. Dies scheint nach den Äußerungen von Ihnen, sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, selbst in den höchsten Positionen unserer Politik noch nicht angekommen zu sein.

Gerne würden wir das Thema weiter mit Ihnen bei einem persönlichen Gespräch vertiefen. Ein Pflegegipfel unter Ihrer Federführung ist längst überfällig!

Mit freundlichen Grüßen



Peter Bechtel  
Vorsitzender des Verbandes BALK e. V.